

Executive Summary

2. Juli 2024



Terror im Nahen Osten – Wie reagieren die anderen?

Podiumsdiskussion

Eine Veranstaltung im Rahmen der Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung.

Teilnehmer:innen:

Dr. Heinz Gärtner ist Politikwissenschaftler und Publizist. Er ist Beiratsvorsitzender des "International Institute for Peace" (IIP) in Wien, sowie Lecturer i. R. am Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, an der diplomatischen Akademie Wien und an der Donau Universität Krems.

Dr. Gudrun Harrer ist Journalistin, Nahostexpertin und leitende Redakteurin der Tageszeitung „Der Standard“. Sie ist Lehrbeauftragte für Moderne Geschichte und Politik des Nahen Ostens am Institut für Orientalistik der Universität Wien sowie an der Diplomatische Akademie Wien.

Dr. Walter Posch ist Orientalist, Iranist und Islamwissenschaftler. Er ist Senior Researcher an der Landesverteidigungsakademie des Österreichischen Bundesheers (LVAK). Vormalig war er Nahostexperte jeweils am European Union Institute for Security Studies (EUISS) und an der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP).

Moderation:

Dr. Daniela Pisoiu ist Senior Researcher am Österreichischen Institut für Internationale Politik. Zu ihren Forschungsschwerpunkten gehören: Terrorismus, Radikalisierung, Extremismus, Vergleichende Regionale Sicherheit, Amerikanische und Europäische Außen- und Sicherheitspolitik.

Datum: 2. Juli 2024

Summary erstellt von: Jan Hendrik Mannsperger

Key Words: Terrorismus, Naher Osten, Iran, Hisbollah, Ägypten, Israel-Libanon Grenze

Executive Summary

Diese Analyse basiert auf den Erkenntnissen einer Podiumsdiskussion „Terror im Nahen Osten - Wie reagieren die anderen?“ vom 02. Juli 2024, die vom Österreichischen Institut für Internationale Politik (oiip) organisiert und in Kooperation mit dem Bundesministerium für Landesverteidigung (bmlv) stattgefunden hat.

Seit dem Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober kam es zu erhöhter terroristischer Aktivität in der ganzen Region: Die Hisbollah im Libanon zündelt an Israels Grenze, die Huthis gefährden internationale Handelsrouten aus dem Jemen heraus und Daesh ist durch Anschläge im Iran und in Russland erneut in den Fokus gerückt. Die Diskussionsteilnehmer:innen analysierten die Reaktion verschiedener Länder im Nahen Osten auf diese angespannte Situation und bewerteten die Perspektiven und das Verhalten betroffener Staaten wie Ägypten, Syrien, Saudi-Arabien und des Iran im Zuge der neusten Entwicklungen. Zudem ordneten sie Faktoren wie die Präsidentschaftswahlen im Iran oder die sich zuspitzende Lage an der Grenze zwischen Israel und Libanon in den größeren Kontext ein.

Key Takeaways

- Die ägyptische Regierung unter Al-Sisi balanciert seit dem 7. Oktober zwischen öffentlichkeitswirksamer Solidarität mit Gaza und Zusammenarbeit mit Israel. Man möchte sich gleichzeitig mit der Zivilbevölkerung solidarisieren, die Hamas verurteilen und Kommunikationskanäle zu Israel aufrechterhalten. So ist Ägypten auch in seiner öffentlichen Reaktion auf Huthi-Angriffe gegen seinen Handel eingeschränkt.
- Israel übt Druck auf das Regime Al-Sisis aus, besonders durch seine Aktivitäten im Süden Gazas, kontinuierliche Gaslieferungen und ägyptische Abhängigkeit in Sicherheitsfragen. Zu einer Öffnung der Grenze zum Gazastreifen ist Kairo jedoch nach wie vor nicht bereit.
- Auch in der Europäischen Union ist man über Aktivitäten der Muslimbrüderschaft und Hamas in der Problemzone Sinai besorgt. Daher gibt es weiterhin enge Zusammenarbeit mit der ägyptischen Regierung in Anti-Terror-Fragen, etwa über beträchtliche Hilfspakete für das Land. Die Angst vor einer möglichen Flüchtlingskrise ist berechtigt.
- Die Lage an der Grenze Israel-Libanon ist angespannt und könnte jederzeit eskalieren: Einen potenziellen Konflikt, auf den sich beide Seiten aktuell vorbereiten, versuchen jedoch auch der Iran

und Syrien zu meiden. Auf den Iran wächst der Druck aus den Reihen seines Terrornetzwerks, die Interessen der Palästinenser konkret zu vertreten, gegen Israel endlich Zähne zu zeigen und die Hisbollah im Kriegsfall zu unterstützen.

- Irans starkes Milizen Netzwerk und seine hegemoniale Machtprojektion darf nicht von den erheblichen internen Problemen, Legitimitätserosion und erschöpfenden regionalen Herausforderungen ablenken. Die Überdehnung seiner Ressourcen und das Ausreizen seines Images haben eine mögliche Endphase des Regimes eingeläutet. Der aktuelle Spannungszustand könnte mit einem Tod Khameinis in Zukunft nach außen eskalieren.
- Die Wahl des systemtreuen „Reformisten“ Pezeshkian zum neuen iranischen Präsidenten wird wahrscheinlich keine wesentlichen außenpolitischen Veränderungen bringen. Ein Kurswechsel in der Atompolitik könnte jedoch das Atomabkommen JCPOA wiederbeleben. Gleichzeitig wird sich Teheran, unzufrieden mit der Isolation vom globalen Finanzsystem, wahrscheinlich weiter in Richtung Moskau und Peking orientieren.
- Für Terrormilizen wie Hamas, Hisbollah und Huthis ist die Unterstützung Irans äußerst profitabel, speziell durch Waffen, Wissenstransfer und Ausbildung. Besonders die Huthis haben seit dem 7. Oktober erheblich an Einfluss gewonnen. Es fällt dem Iran zunehmend schwer, ihre Handlungen effektiv zu kontrollieren.
- Ein möglicher Beitritt Saudi-Arabiens in die Abraham Accords würde die Komplettierung einer regionalen anti-iranischen Allianz bedeuten. Das Versäumnis der palästinensischen Frage und die Entwicklungen seit dem 7. Oktober haben diesen Prozess ins Stocken gebracht. Gleichzeitig nahmen Saudi-Arabien und Iran diplomatische Gespräche wieder auf, was die regionale Dynamik nachhaltig verändern könnte.
- Das Misstrauen der Golfstaaten gegenüber der Biden Administration ist groß. Dessen ideologischer Grundsatz, einen Strich zwischen Demokratie und Autokratie zu ziehen, stößt zumindest in Saudi-Arabien an seine Grenzen. Donald Trump würde zwar einen härteren außenpolitischen Kurs führen, einen größeren Konflikt wird aber auch vermeiden.

Ägyptens Außen- und Sicherheitspolitik gegenüber Israel

Seit dem 7. Oktober versucht Ägypten, zwei Positionen zu balancieren, so Gudrun Harrer: Einerseits hegt die aktuelle Regierung Al-Sisis keinerlei Sympathien für die Hamas, diese wird nämlich als palästinensischer Zweig der Muslimbruderschaft verstanden, die schon lange in Rivalität mit der ägyptischen Regierung steht. Andererseits unterhält das al-Sisi Regime aber auch Beziehungen zur Hamas um als Vermittler in den langjährigen Verhandlungen zwischen Hamas und Fatah zu fungieren, dies jedoch ohne Erfolg. Die Menschenrechtssituation in Gaza hat allerdings die ägyptische Öffentlichkeit mobilisiert. Im Oktober 2023 gab es Demonstrationen gegen Israel in Kairo, die fast außer Kontrolle gerieten und bei denen Slogans gegen die Regierung zu hören waren. Seitdem hat die Regierung die Kontrolle verschärft und geht auch repressiver gegen jeglichen Protest vor.

Präsident al-Sisi muss die öffentliche Meinung berücksichtigen. Al-Sisi kritisiert Israel ohne allerdings in die Nähe der Hamas zu rücken.

Zwar sieht Ägypten, das seit 1979 einen Friedensvertrag mit Israel hat, die Politik der israelischen Regierung in den palästinensischen Gebieten seit längerem eher pragmatisch, dennoch hat der Verlauf des Krieges auch Beobachter in Ägypten überrascht. Man hatte angenommen, Israel würde die Normalisierung der Beziehungen mit den arabischen Staaten, insbesondere mit Saudi-Arabien, als zu wichtig erachten und daher gemäßiger reagieren.

Im Kontext der ägyptischen Sicherheitspolitik schätzt Harrer die Sinai-Halbinsel als seit Jahrzehnten ernstes und reales Sicherheitsproblem ein, besonders aufgrund wiederholter gemeinsamer Aktivitäten der Muslimbruderschaft und Hamas. Sie hält hier die Entwicklungen auf der Sinai 2013 für den entscheidenden Moment, da sie die Sicherheitszusammenarbeit zwischen Ägypten und Israel enorm intensiviert hat. Nachdem islamistische extremistische Gruppen die Kontrolle über Teile der Halbinsel übernommen hatten, intensivierte Ägypten in Absprache mit Israel seine militärische Präsenz auf der Sinai. Hier trafen sich die Sicherheitsinteressen der beiden Länder. Ägypten versucht derzeit auf der Sinao eine neue Ordnung zu etablieren. Daher sieht Ägypten die israelische Politik im Hinblick auf den Süden Gazas kritisch. Laut Harrer hoffte die israelische Rechte, zumindest Teile der Bevölkerung Gazas könnten vom Gazastreifen auf die Sinai angesiedelt werden. Die Sorge des ägyptischen Regimes, dass eine Grenzöffnung dazu führen könnte, dass große Menschenmengen aus dem Gazastreifen nach Ägypten kommen, ist deshalb durchaus berechtigt. Es könnte sich dabei neben Flüchtlingen auch um Kämpfer der Hamas handeln, die diese Fluchtbewegung nutzen könnten, um sich in Ägypten festzusetzen. Präsident al-Sisi betonte mehrfach, eine Ansiedlung von Palästinenser:innen aus dem

Gazastreifen auf dem Sinai würde für Ägypten eine rote Linie darstellen. Dies ist laut Gudrun Harrer jedoch vor allem auch eine rote Linie der ägyptischen Armee, würde er sie überschreiten, würde er seine eigene Herrschaft gefährden.

Israel weiß um die Zusammensetzung des ägyptischen Regimes und die engen Verflechtungen zwischen Militär und politischer Führung. Ein besonders starkes Druckmittel ist allerdings Ägyptens Abhängigkeit von israelischen Gasexporten. So teilte Israel im Februar 2024 mit, dass die Gaslieferungen an Ägypten 2023 trotz kurzer Unterbrechungen zu Beginn des Gaza-Krieges um etwa 25 % gestiegen seien. Häufige Stromabschaltungen in Ägypten haben die Wirtschaft weiter unter Druck gesetzt. Auch die Huthi-Angriffe um den Sueskanal haben erhebliche regionale Auswirkungen und stören besonders die wirtschaftlichen Aktivitäten Ägyptens und Saudi-Arabiens. Allerdings blieben auch hier die Reaktionen des Regimes mäßig, da die Huthis ihre Aktionen mit Solidarität mit den Palästinenser:innen erklären und al-Sisi die öffentliche Meinung im eigenen Land nicht weiter strapazieren möchte, so Harrer.

Diese Faktoren verdeutlichen den Zwiespalt, in dem sich Ägypten in seiner Position zu Israel und dem Gaza Krieg befindet: Zwischen populärer Unterstützung für die Palästinenser einerseits und der Notwendigkeit einer engen sicherheitstechnischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Israel andererseits. Auch Ägyptens Absicht, sich wegen des Vorwurfs des Genozids durch die südafrikanische Klage dem Internationalen Gerichtshof (ICJ) anzuschließen, hat sich nicht konkretisiert. Harrer bezweifelt, dass Ägypten dies jemals umgesetzt hat. Trotzdem ist Ägypten nach wie vor stark in die Verhandlungen mit der Hamas und den USA involviert.

In der Terrorismusbekämpfung erhält Ägypten starke finanzielle Unterstützung, um das Land stabil zu halten, so Harrer. Zur Europäischen Union gibt es hier enge Beziehungen, da hier eine reale Angst vor Dimensionen einer möglichen Flüchtlingskrise und einem labilen Ägypten besteht. Inzwischen wird auch in Österreich oft das vorherrschende ägyptische Narrativ übernommen, das den Salafismus als weniger bedrohlich darstellt und stattdessen die Muslimbruderschaft als Hauptfeind skizziert. Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate und Saudi-Arabien sehen die Muslimbruderschaft als für die Radikalisierung des Islam verantwortlich, während der Salafismus als streng, aber nicht per se als radikal gilt.

Israel und Hisbollah: An der Grenze

Das Risiko einer Eskalation an der Grenze wird aktuell als hoch eingeschätzt. Keiner will es, es kann aber jederzeit eskalieren, so Harrer. Die bevorstehenden Entwicklungen an der Grenze zwischen Israel und dem Libanon hängen nach Walter Posch von Israels Vorgehen ab.

Er erklärt Israels aktuelle Sicherheitsüberlegungen an drei Fronten. 1) Die traditionell wichtigste ist das Westjordanland, diese ist besonders für die israelische Identität von zentraler Bedeutung und wird von der Gewalt der Siedlerbewegungen geprägt. 2) Seit dem 7. Oktober ist allerdings die Front zu Gaza zur Priorität geworden. 3) Letztlich herrscht an der „Hisbollah-Front“ seit dem Libanonkrieg 2006 relative Ruhe. Es zeichneten sich informelle Spielregeln ab, die den Süden Libanons fast 20 Jahre lang stabilisierten.

Inzwischen gibt es sowohl in Israel als auch in der Hisbollah Stimmen, die einen Konflikt für unvermeidlich halten. Israel fürchtet, dass die Hisbollah mit jedem Tag stärker wird. In der Hisbollah meint man hingegen, dass man je länger man wartet das Gesicht verliert. Die Miliz rechnet laut Posch außerdem damit, dass sich Israel keinen Zweifrontenkrieg leisten kann. Sollte der Konflikt tatsächlich eskalieren, schließt Gärtner nicht aus, dass Israel mit Nuklearwaffen drohen könnte, ähnlich wie im Yom-Kippur-Krieg 1973.

Im Fall einer Eskalation des Konflikts zwischen Israel und der Hisbollah würde Walter Posch den Iran unter Handlungszwang sehen. Heinz Gärtner dagegen zweifelt an Irans Bereitschaft, sich in einen direkten Konflikt mit Israel ziehen zu lassen. In so einem Fall würde der Iran vermutlich versuchen, eine direkte militärische Konfrontation zu vermeiden. Stattdessen er sich wohl eher indirekt durch Unterstützung für die Hisbollah einbringen. Der Iran sowie auch Israel sehen durchaus die Risiken und Kosten einer direkten militärischen Konfrontation versuchen eine Eskalation zu vermeiden.

Auch die Frage der Reaktion Syriens im Falle einer Eskalation ist zu beachten, so Harrer. Die Hamas hat sich im syrischen Bürgerkrieg trotz ihrer Zuflucht in Syrien gegen das Regime von Präsident Bashir al-Assad gewandt. Angesichts dessen und der kürzlichen Entlassungen von syrischen Reservisten scheint Assad nicht gewillt, sich in einen Krieg mit Israel einzumischen. Vielmehr konzentriert sich das syrische Regime auf Normalisierung mit den arabischen Staaten, auch im Zuge der Wiederaufnahme Syriens in die Arabische Liga.

Der Iran: Überdehnte Hegemonie

Angesichts seiner regionalen Politik wird der Iran häufig als natürlicher Hegemon in der Region bezeichnet, so auch von Heinz Gärtner. Seine militärische Stärke beruht besonders auf einem Netzwerk an Milizen. Allerdings sind die Militärausgaben des Iran vergleichsweise niedrig und belaufen sich auf einen Bruchteil jener Saudi-Arabiens. Walter Posch schätzt den Iran dagegen als stark überdehnten Scheinriesen, der aufgrund seines gewaltigen Potenzials nicht unterschätzt, aber auch nicht überschätzt werden darf, ein. So ist die iranische Machtprojektion zwar effektiv, aber durchsichtig. Teheran droht häufig und mit ernster Rhetorik, wird dieser aber schlussendlich häufig nicht gerecht. Besonders die Selbstpräsentation nach außen und in den Beziehungen zu den arabischen Staaten sollen einen äußerst selbstbewussten Iran, indifferent gegenüber seiner Wahrnehmung in der Region, projizieren. Gleichzeitig leidet das Land unter erheblichen internen Problemen. Die Sanktionen belasten die Wirtschaft, es herrscht eine hohe Inflation. Eine wachsende Abwanderung der jungen Bevölkerung fördert die Erosion der militärischer Fähigkeiten. Das Regime hat keinen Rückhalt in der Bevölkerung, was sich in der schwindenden Wahlbeteiligung äußert.

Schwere Sanktionen und zahlreiche außenpolitische Herausforderungen setzen das Regime immens unter Druck. Dazu gehören die Lage in Afghanistan, im Irak und am Persischen Golf sowie der andauernde Konflikt im Jemen. Emblematisch für Irans militärische Ohnmacht sind laut Posch die Sondereinheiten *Fatehin*, die im Einsatz gegen den IS in Syrien schnell dezimiert wurden. Zu lange hat sich die Führung einfach auf Raketenwaffen verlassen, was den Westen gerade genug provozieren sollte, ohne selbst bombardiert zu werden. Aus diesen Gründen sieht Posch die islamische Republik als ein Regime in der Endphase. Dies impliziert nicht, dass es unmittelbar zusammenbrechen wird oder, dass ein rascher Machtwechsel bevorsteht. Das absehbare Ende der Ära Khameneis könnten jedoch dazu führen, dass die inneren Spannungen zu einer Eskalation nach außen führen.

Konstante und Veränderung mit Präsident Pezeshkian

Aufgrund des komplexen politischen, militärischen und sicherheitspolitischen Systems sowie der Vorrangstellung des obersten Führers Khamenei besonders in außenpolitischen Fragen ist die politische Entscheidungsfindung schwer zu durchschauen, so Gärtner. Dies wird sich nach der kürzlichen Präsidentschaftswahl, in der sich der gemäßigte Kandidat Massoud Pezeshkian durchsetzen konnte, nicht ändern. Zumal die Reformfraktion in den letzten Jahren durch den verstorbenen Ex-

Präsidenten Raisi stark an den Rand gedrängt wurde, und intern zerstritten ist, ähnlich wie das konservative Lager.

Allerdings könnte der neue Präsident laut Gärtner neben einer kulturellen Öffnung auch einen außenpolitischen Kurswechsel bringen. So kündigte Pezeshkian an, das unter dem ehemaligen Reformpräsidenten Ruhani ausgehandelte Atomabkommen JCPOA wiederbeleben zu wollen. Auch die angekündigte Einbindung des ehemaligen Außenministers Javad Sarif, der sich auch während des Wahlkampfes für Pezeshkian ausgesprochen hatte, legt dies nahe, so Harrer. Auch im Westen gibt es zunehmend Stimmen, die eine Wiederaufnahme der Verhandlungen begrüßen, da sich der Iran dem Bau einer Atomwaffe gefährlich angenähert habe. Zwar ist die politische Entscheidung darüber im Iran noch nicht gefallen, wie auch Geheimdienste bestätigen, aber die Dringlichkeit, das Abkommen zu reaktivieren, wächst dennoch. Für Posch hingegen ist die zentrale Forderung Khameneis die Integration in das internationale Finanzsystem SWIFT, da die Folgen der Sanktionen durch verstärkte Beziehungen zu Russland und China nicht zureichend kompensiert werden können. Gärtner zweifelt jedoch daran, dass sich durch die Wahlen Irans Rolle in anderen zentralen außenpolitischen Fragen, wie der Führung der Widerstandsachse, signifikant ändern wird, vor allem angesichts der aktuellen Verschärfung des Konfliktes im Südlibanon.

Die „Achse des Widerstands“ seit dem 7. Oktober

Der eigentliche Ursprung Irans Terrornetzwerks ist nach Walter Posch weniger ideologisch, sondern eine Folge des Iran-Irak-Krieges. Nach diesem suchten die Iraner nach verbliebenen regionalen Partnern. Mit Israel als gemeinsamen „zionistischen Feind“ verbündete sich der Iran mit verschiedenen bewaffneten Milizen, die in der arabischen Welt weitgehend isoliert waren, wie etwa Hamas. Obwohl diese Gruppen eine Unterstützung durch die arabischen Staaten präferiert hätten, nutzten sie Teherans Unterstützung gezielt, um von Ausrüstung und Know-how zu profitieren. Inzwischen sind diese Gruppen allerdings stark verstreut und geschwächt.

Für Gärtner sind diese Milizen keine natürlichen Verbündeten Irans, sondern sie sind unabhängig von dessen Einflussnahme entstanden. Die Hamas etwa hat sich ohne iranische Hilfe gebildet, und die Huthis sind erst im Zuge des Krieges im Jemen relevant geworden. Obwohl der Iran für die Bewaffnung der Hisbollah und der Huthis verantwortlich ist, teilweise mit modernsten Raketen, hat auch Teheran nach Posch nicht unendliche Ressourcen, um sein Netzwerk effektiv zu unterstützen. Die begrenzte

Steuerungsfähigkeit über die Hamas und Hisbollah führt Posch darauf zurück, dass der Iran diesen Gruppen stets möglichst starke Eigenverantwortung und operative Autonomie zugestanden hatte und sich besonders auf Ausbildung und Wissenstransfer beschränkt hat.

Aktuell zweifeln Stimmen in der Widerstandsachse im Irak an Irans Unterstützungsbereitschaft und sehen Irans kürzlichen Raketenangriff auf Israel als zu gemäßigt an. Es wächst der Druck auf die Führung in Teheran, seine Unterstützung für die palästinensische Sache nicht nur verbal, sondern auch tätlich unter Beweis zu stellen. Laut Gärtner betrachtet der Iran den Konflikt in Gaza und dem Libanon allerdings hauptsächlich als Mittel und Chance, um Israel zu schwächen, und nicht vorrangig aus Sorge um die Palästinenser:innen.

Besonders die Huthi-Miliz hat sich nach Harrer durch den 7. Oktober stark selbst profilieren können, da diese sich von einer reinen jemenitischen Bürgerkriegspartei zu einem regionalen Faktor mit geopolitischem Einfluss aufwerten konnten. Posch sieht, wie die Miliz versucht, sich auf diese Weise weiter regional zu konsolidieren, nachdem sie im Jemen bereits weitreichende territoriale und institutionelle Kontrolle erlangt hat. Häufig sind sich sogar die Iraner selbst im Unklaren über die Aktionen der Miliz. Nach Posch ist der Iran weniger in der Lage, die Handlungen der Huthis zu beeinflussen, als er es gerne würde. Auch die extremistischen Ansichten innerhalb der Miliz übertreffen in seiner Intensität teilweise sogar jene im Iran, so Harrer.

Der Iran will dieses Netzwerk allerdings unbedingt bewahren und bemüht sich, seine Bündnispartner zusammenzuhalten, was eine Lehre aus dem Iran-Irak-Krieg ist: Aus iranischer Perspektive bilden diese Allianzen eine zweite Verteidigungslinie, da man sich damals gegenüber dem Irak schwach fühlte und eine ähnliche Schwäche heute vermeiden möchte, so Gärtner.

Saudi-Arabien: Zwischen Normalisierung mit Israel und dem Iran

Vor dem Hintergrund Irans hegemonialer Bestrebungen stellen die Abraham Accords, eine bedeutende Normalisierung zwischen Israel und mehreren arabischen Staaten dar. Ein Beitritt Saudi-Arabiens war vorgesehen, da Riad bereits zentralen Bedingungen der USA zugestimmt hatte. Seit dem 7. Oktober wurde dieser Prozess jedoch vorläufig aufgeschoben. Das Abkommen sparte die Palästinenser:innenfrage größtenteils aus, was die Hamas laut Heinz Gärtner ausnutzen konnte. Dabei wäre es notwendig die israelische Besatzung anzusprechen um überhaupt eine Zwei-Staaten-Lösung

diskutieren zu können. Außerdem sieht sich Saudi-Arabien mit einigen Gegnern im US-Kongress konfrontiert, die die saudische Bedingung eines eigenen friedlichen Nuklearprogramm nicht akzeptieren möchten, wie Posch ergänzt. Trotz allem werden die USA nach Gärtner noch immer auf eine Erweiterung der Abraham Accords drängen. Es wird jedoch schwierig sein, die Verhandlungen, ohne eine Lösung für Gaza und unter Berücksichtigung einer Zwei-Staaten-Lösung in absehbarer Zeit wieder aufzunehmen. Ferner haben die Vereinigten Arabischen Emirate auch parallel zu den Abraham Accords ihre Beziehungen zum Iran deutlich normalisiert.

Gudrun Harrer erwähnte in diesem Zusammenhang auch die Normalisierung der diplomatischen Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und dem Iran unter chinesischer Vermittlung Anfang 2023. Dies war ein Schritt, der das regionale Bild nachhaltig verändern könnte. Für Walter Posch bleiben Saudi-Arabien und der Iran aber natürliche Konkurrenten, die nur vorläufig deeskaliert haben. Die jeweiligen Geheimdienste beider Staaten haben aber auch während der schlimmsten Auseinandersetzungen die Kommunikation über verschiedene Gesprächskanäle aufrechterhalten.

Die zukünftige Ausrichtung der arabischen Staaten, und besonders Saudi-Arabiens, ist nämlich auch für den Iran entscheidend. Dieser hat, wie Gärtner beschreibt, den UN-Sicherheitsratsresolutionen 27 28 und 27 35 zugestimmt, die unter anderem einen Waffenstillstand und eine Orientierung nach einer Zwei-Staaten-Lösung fordern. Weiters hat das Land auch eine Erklärung für die Zwei-Staaten-Lösung auf einer Konferenz der Organisation für Islamische Zusammenarbeit akzeptiert. Damit wird Teheran klar Stellung beziehen und die Arabische Friedensinitiative unterstützen müssen, also die Anerkennung Israels in den Grenzen von 1967, um nicht regional isoliert zu bleiben. Voraussetzung dafür ist, dass die arabischen Staaten auf ihrem aktuellen Kurs bleiben und an den Abraham Accords festhalten.

Die Rolle der USA

Großmächte wie die USA, die in der geopolitischen Arena involviert sind, versuchen, ihren Einfluss durch zwei Hauptstrategien zu stabilisieren: Bündnisbildung und Ideologieverbreitung. Dies sieht Gärtner auch etwa in den Abraham Accords, die ursprünglich auf eine Initiative von Trump und Netanyahu zurückgehen und von Biden weitergeführt wurde. Diese seien demnach Teil der Strategie, durch Bündnisbildung regionalen Einfluss zu sichern. Im Nahen Osten hingegen trifft Bidens ideologischer Ansatz, Demokratie und Autokratie klar gegenüberzustellen, auf Schwierigkeiten. Während der Iran als autokratisches Regime abgelehnt wird, sind Partnerschaften mit Saudi-Arabien

unerlässlich, was nach außen hin inkonsistent erscheint. So hat sich das schlechte Verhältnis zwischen Präsident Biden und Saudi-Arabien nach Harrer erst seit Ausbruch des Krieges in der Ukraine und seinem darauffolgenden Besuch etwas verbessert. Chinas Strategie dagegen basiert auf darauf einerseits ökonomische Abhängigkeiten zu schaffen und andererseits auch diplomatisch dort zu intervenieren wo die USA es nicht können, wie das Beispiel des saudi-iranischen Abkommens zeigt. Hier hat China eine Vermittlerrolle eingenommen, die die USA und die EU verpasst haben, selbst zu ergreifen. Im Nahen Osten erweist sich dieser Ansatz als sehr erfolgreich.

Für viele Saudis und Ägypter ist Biden immer noch der „Vizepräsident Obamas“, unter dessen Administration Hosni Mubarak 2011 gestürzt wurde, was die Saudis als Verrat empfanden. Man ging davon aus, dass wenn die USA Mubarak fallen lassen, könnten sie auch Saudi-Arabien im Stich lassen. Dieses tief verwurzelte Misstrauen ist bis heute spürbar und beeinflusst die Beziehungen zwischen den USA und den Golfstaaten erheblich, so Harrer: „Das Misstrauen ist riesig.“ Mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen und eine mögliche zweite Amtszeit Trumps nimmt Gärtner an, dieser werde eine „Brinkmanship“-Politik verfolgen, also möglicherweise aggressive Taktiken einsetzen, ohne wirklich einen Krieg zu beabsichtigen. Mit ihm wäre auch ein Wiederbeleben des JCPOA deutlich unwahrscheinlicher, so Gärtner: Selbst wenn Israel in einem Konflikt mit der Hisbollah auf amerikanische Unterstützung hoffen sollte, ist es unwahrscheinlich, dass Trump bereit wäre, die USA in einen größeren Krieg zu verwickeln.